

Martin Hagen, Goethestr. 17, 80336 München

Herrn
Konstantin Frey
Mehr Demokratie e.V. Landesverband Bayern
Schwanthaler Straße 120
80339 München

Martin Hagen

**Frisches
Bayern.**

Sehr geehrter Herr Frey,

nachfolgend finden Sie unsere Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine.

Frage 1: Wie stehen Sie zur Einführung (Ausformulierung) eines Informationsfreiheits- oder Transparenzgesetzes und welche Form der Ausgestaltung würden Sie wählen?

Im Sinne der Transparenz staatlichen Handelns wollen wir Freie Demokraten mit einem bayerischen Informationsfreiheitsgesetz für Bürger einen Anspruch auf Einsicht in staatliche Prozesse schaffen. Vorbild dafür ist das seit 2006 bestehende Bundesinformationsfreiheitsgesetz. Die Herausgabe von Daten muss ein unbürokratischer, leicht durchführbarer Vorgang sein.

Befürworten Sie eine Institution die über die Einhaltung dieses Gesetzes wachen soll (Beispiel: Beauftragter für Informationsfreiheit o.ä.)?

Wie im bundesdeutschen Vorbild, ist die Einrichtung eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit vorgesehen.

Frage 2: Welche Maßnahmen erachten Sie als geeignet, um diesem Trend entgegenzuwirken?

a) Sollten die Bürgerinnen und Bürger aktiv durch eine Ausweitung ihrer Partizipationsrechte (bspw. Volksinitiative, fakultatives Referendum, Bürgerbeteiligung) in die Politik mit eingebunden werden?

Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt

Erfahren Sie mehr unter: www.fdp-bayern.de



**Freie
Demokraten**

FDP



**Freie
Demokraten**

FDP

Martin Hagen

**Frisches
Bayern.**

demokratische Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen.

b) Sollte das Alter für das aktive Wahlrecht gesenkt werden, um die Jugend aktiv für Politik zu interessieren?

Ja. Wir Freie Demokraten fordern das aktive Wahlrecht für Kommunal-, Bezirkstags- und Landtagswahlen bereits ab 16 Jahren. In einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es umso wichtiger, die politischen Interessen auch junger Menschen zu berücksichtigen.

c) Wie sehen Sie die Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Politik für Einwohner ohne deutschen Pass?

Politische Partizipation ist nicht auf das aktive Wahlrecht beschränkt. Wobei auch hier Grundsatzentscheidungen EU-BürgerInnen das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen eingeräumt haben. Wir sehen in aktiver Bürgerbeteiligung, ehrenamtlichen Engagement und Parteiarbeit weitere Formen der politischen Teilhabe. Diese sind nicht an eine Staatsbürgerschaft gekoppelt.

Frage 3.1: Sollten die Anforderungen an das Quorum Ihrer Meinung nach gesenkt oder beibehalten werden?

Wir sehen das Quorum als demokratische Legitimationsgrundlage. Wenn das Quorum nicht erreicht wurde, kann dies zwar dennoch als eine partielle Zustimmung in der Bevölkerung gewertet werden, ausreichende Legitimation ist in diesem Fall jedoch nicht vorhanden.

Erfahren Sie mehr unter: www.fdp-bayern.de

 facebook.com/fdpbayern
facebook.com/hagen2018

 twitter.com/fdpbay
twitter.com/realMartinHagen

**Freie
Demokraten**

FDP



**Freie
Demokraten**

FDP

Martin Hagen

**Frisches
Bayern.**

Frage 3.2: Wie sollte Ihrer Meinung nach mit der Bindungswirkung umgegangen werden?

- a) aktuelle Regelung beibehalten
- b) Ausweitung auf (beispielsweise) drei Jahre
- c) Abschaffen der Bindungszeit

Antwort b. Der Abschaffung stehen wir kritisch gegenüber, da bestimmte Themen nur in bestimmten Zeiten relevant sind. Die Ausweitung auf einen Zeitraum wie beispielsweise drei Jahren dagegen wäre sinnvoll. Die kurze Bindungszeit verhindert häufig eine erfolgreiche Umsetzung des Bürgerbegehrens.

Frage 4.1: Befürworten Sie eine Umwandlung des Zulassungsantrages zur Volksinitiative?

Grundsätzlich befürworten wir Freie Demokraten die Ausweitung und Entbürokratisierung der direktdemokratischen Elemente. Dabei müssen rechtstaatliche Prinzipien berücksichtigt werden. Eine vorzeitige Anhörung im Landtag dürfte lediglich informativen Charakter haben und die bayerische Verfassung nicht unterwandern.

Frage 4.2 a) Sind Sie für die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren?

Nein. Wir Freie Demokraten sind für die Ausweitung direktdemokratischer Elemente. Dabei müssen aber die Grundsätze einer freien und geheimen Abstimmung berücksichtigt werden. Dies trifft aus unserer Sicht auf Volksbegehren zu, da hierbei Gesetzesvorhaben initiiert werden.

Frage 4.2 b) Sind Sie für eine Verlängerung der Eintragsfrist beim Volksbegehren?

Ja. Wir beobachten häufig, dass die kurzen Fristen bei Volksbegehren diese unnötig erschweren. Eine Verlängerung halten wir daher für grundsätzlich denkbar.

Erfahren Sie mehr unter: www.fdp-bayern.de



**Freie
Demokraten**

FDP



**Freie
Demokraten**

FDP

Martin Hagen

**Frisches
Bayern.**

Frage 4.2 c) Sind Sie dafür, das Unterschriftenquorum bei Volksbegehren zu senken?

Auch hier sehen wir durch das Quorum eine Grundlage der demokratischen Legitimation des Begehrens. Erreicht ein Volksbegehren das erforderliche Quorum nicht, bedeutet das zwar in manchen Fällen Rückhalt in der Gesellschaft, aber nicht ausreichende Legitimation zur parlamentarischen Bearbeitung.

Frage 4.3: Sind Sie dafür, dass in Bayern Volksbegehren mit finanziellen Auswirkungen zulässig sind?

Nein. Budgetrecht und -verantwortung des Parlaments sollten unserer Meinung nach nicht durch Volksbegehren beeinflusst werden.

Frage 5: Können Sie sich zukünftig eine Ausweitung direktdemokratischer Elemente auf die Bundesebene vorstellen?

Ja. Wir Freie Demokraten stehen direktdemokratischen Elementen offen gegenüber und befürworten den kontinuierlichen Ausbau auf Kommunal- und Landesebene. Die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene birgt andere Probleme als die Praxis in den Bundesländern. (Beispielsweise ein Konflikt zwischen Bundeskompetenz und regionaler Auswirkung, ...). Daher ist ein abschließendes Urteil erst nach der angesprochenen Ausgestaltung der Hürden und zugelassenen Themen möglich.

Frage 6: Würden Sie bei einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat Freihandelsabkommen annehmen oder ablehnen?

In Zeiten, in denen Protektionismus, Populismus und Nationalismus wieder salonfähig werden, braucht es solche Abkommen. Kein Land ist so sehr auf offene Märkte

Erfahren Sie mehr unter: www.fdp-bayern.de

 facebook.com/fdpbayern
facebook.com/hagen2018

 twitter.com/fdpbay
twitter.com/realMartinHagen

**Freie
Demokraten**
FDP



**Freie
Demokraten**

FDP

Martin Hagen

**Frisches
Bayern.**

angewiesen wie der Exportweltmeister Deutschland. Aus diesem Grund fordern wir Freie Demokraten gerade in diesen Zeiten ein klares Bekenntnis zum Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada. Folglich werden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung bei einer Abstimmung im Bundesrat für die Verabschiedung des Abkommens stimmen.

Frage 7: Wie stehen Sie zur Einführung eines fakultativen Referendums in Bayern?

Wir Freie Demokraten stehen direktdemokratischen Elementen offen gegenüber. So ist die Einführung von fakultativen Referenden denkbar. Um ein abschließendes Urteil zu fällen, müssen die konkrete Ausgestaltung abgewartet werden. Als Vorbild könnten hierbei die Modelle in Hamburg und Bremen dienen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Hagen
Spitzenkandidat der FDP Bayern

**14.10.
Beide Stimmen
FDP**

Erfahren Sie mehr unter: www.fdp-bayern.de

 facebook.com/fdpbayern
facebook.com/hagen2018

 twitter.com/fdpbay
twitter.com/realMartinHagen

**Freie
Demokraten**

FDP